

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 20 (1940-1941)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Arbeitsbeschaffungsprojekte und Arbeitsmöglichkeiten im Kanton Solothurn  
**Autor:** Schmid, Jacques  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-333882>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

der Uhrenindustrie und der baselstädtischen Unternehmungen, die eine ansehnliche Zahl der landschaftlichen Arbeiter und Angestellten beschäftigen.

---

## Arbeitsbeschaffungsprojekte und Arbeitsmöglichkeiten im Kanton Solothurn

Von Jacques Schmid

Beim Ausbruch des europäischen Krieges im September vergangenen Jahres standen wir am Ende einer zehnjährigen Wirtschaftskrise von unerhörtem Ausmaß. Der hochindustrielle Kanton Solothurn mit seinen 150 000 Einwohnern war von der Arbeitslosigkeit besonders schwer betroffen. Diese hatte schon im Herbst 1929 mit der Krise in der Uhrenindustrie eingesetzt und ergriff dann die andern Industrien und das Gewerbe, um in den Jahren 1932 bis 1935 den Höchststand mit rund 5000 Ganz- und 14 000 Teilarbeitslosen zu erreichen. Beim Hereinbruch des Krieges, Anfang September 1939, wurden noch 600 Ganz- und 3300 Teilarbeitslose gezählt. Im Kanton Solothurn ist die Arbeitslosenversicherung obligatorisch, das Gesetz zwingt sämtliche Arbeitnehmer bis zu einem Einkommen von Fr. 5000.— (weibliche Fr. 4000.—), einer Arbeitslosenversicherungskasse anzugehören. Der Staatsbeitrag an diese Kassen beträgt 25 Prozent der ausbezahlten Taggelder, kann aber bei starker Beanspruchung der Kassen bis auf 40 Prozent erhöht werden. Bei der sehr starken Arbeitslosigkeit, von der der Kanton Solothurn betroffen war, ergab sich durch die Versicherungs- und Krisenunterstützungen eine schwere finanzielle Belastung. Aber Behörden und Volk erblickten ihre erste Aufgabe nicht darin, die Arbeitslosen mit Geld zu unterstützen, sondern *die Krise aktiv durch Arbeitsbeschaffung zu bekämpfen*. Es wurden in den zehn Krisenjahren für Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützungen rund 35 Millionen rein kantonaler Gelder ausgegeben, also ohne Bundesbeiträge und Eigengelder der Versicherungskassen. Neben der Aktion des Kantons liefen die Anstrengungen der Gemeinden, durch eigene Notstandsarbeiten ihre arbeitslosen Mitbürger zu beschäftigen. Auch die kantonale Brandversicherungskasse hat in dieser Zeit etwa 4 Millionen aufgewendet, um in Verbindung mit den Gemeinden Wasserversorgungsanlagen neu zu bauen oder auszubauen, was bekanntlich eine der besten Arbeitsbeschaffungen ist, die, gemessen an der Geldausgabe, die meisten Hände beschäftigt.

Nachdem nun eine teilweise Demobilisation unserer Landesverteidigungstruppen erfolgte, glaubte man, das Problem der Arbeitslosigkeit stelle sich sofort wieder mit ganzer Schärfe ein. Dem war nun glücklicherweise nicht so. Es wurden Ende Juli 1940 nur 350 Arbeitslose gezählt, von denen schon über die Hälfte an Notstandsarbeiten geschickt werden konnte. Wie lange das aber so günstig bleiben wird, kann niemand voraussehen. Besonders heute nicht, wo durch die politische Umwälzung in Europa auch wirtschaftliche Veränderungen einschneidend-

ster Art eintreten werden. Man denke nur an die gestörten Exportverhältnisse in der Uhrenindustrie, die normalerweise etwa 10 000 Personen beschäftigt, ebenso an die stark vertretene Metall-, Schuh-, Papier- und Textilindustrie, die einen großen Teil ihrer Produkte auf den Weltmarkt abgeben müssen.

Der Regierungsrat hat deshalb ohne Zeitversäumnis Vorsorge getroffen, um einer allfällig wieder eintretenden größeren Arbeitslosigkeit mit aktiver Bekämpfung entgegenzutreten zu können. Er hielt Umschau danach, was noch alles in nützlicher Arbeit getan werden könnte. Und trotzdem schon in der Krisenzeit von 1920—1924 und dann besonders in der Zeit der großen Krise 1929—1939 eine Menge von Notstandsarbeiten, wie Straßenbauten, Fluß- und Bachkorrekturen, Meliorationen, Hochbauten und Häuserrenovationen usw., durchgeführt worden sind, fand er wieder eine Masse von Arbeit, die getan werden sollte, weil sie notwendig und nützlich ist. Es wurde ein *Sofortprogramm* aufgestellt im Ausgabenbetrag von 3,2 Millionen, das am 1. September dem Volke zur Abstimmung vorgelegt wird. In diesem Programm ist vorgesehen: die zweite Bauetappe für ein neues Kantonsschulgebäude (die erste Etappe, vor zwei Jahren als Notstandsarbeit angefangen, geht der Vollendung entgegen); Straßenbauten (eine neue Straße auf den Weißenstein und der Ausbau der Mittelgäustraße, der Oristalstraße von Liestal nach Büren, der Straße Breitenbach-Nunningen und noch kleinere Projekte); neue Brücken über die Emme in Biberist und Derendingen; Wasserkorrekturen im Lützel- und im Lüsseltal; Bodenverbesserungen in Selzach und in Hofstetten, wo Entwässerungen und Güterzusammenlegungen durchgeführt werden sollen. Der Volksbeschluß ist so formuliert, daß der Regierungsrat weder an eine Zeit noch an die Örtlichkeiten gebunden ist und also für die vorgesehenen Arbeiten, deren Pläne fertig vorliegen, der eventuell eintretenden Arbeitslosigkeit zeitlich und örtlich Rechnung tragen kann.

Aber über das hinaus könnte hauptsächlich *für Bodenverbesserungen noch Arbeit für etliche Millionen angeordnet werden*. So zum Beispiel könnte mit dem Kanton Bern zusammen die Limpachkorrektur durchgeführt werden, um Hunderte von Hektaren bestes Ackerland zu gewinnen. Dann ist auch zu vermerken, daß die Dünnerkorrektur, ein Werk von 8 Millionen, noch im Gang ist und erst 1942 fertig werden wird. An diesem Werk, an dem schon sechs Jahre gebaut wird, konnte immer eine große Zahl von Arbeitslosen beschäftigt werden. Im vollendeten Teil der Dünnerkorrektur, im mittleren und unteren Gäu, macht sich die durch die Entwässerung eingetretene Verbesserung des Bodens bereits durch größere Erträge des Ackerlandes bemerkbar. *Die Bodenverbesserungen sind die produktivsten Notstandsarbeiten*, sie beschäftigen viele Arbeiter und heben den Ertrag. Dieser Arbeitsbeschaffung muß gerade in der heutigen Zeit die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wenn überall daraufhin Umschau gehalten würde, *könnte die Anbaufläche der Schweiz für Getreide, Gemüse und Hackfrüchte noch ansehnlich vergrößert werden*. Was den Straßenneubau und Straßenausbau anbelangt, ist zu sagen, daß man damit im Kanton

Solothurn, wie wohl auch in der übrigen Schweiz, nie fertig werden wird. Aber in der wirtschaftlichen Situation, in der wir heute sind, ist es viel wichtiger, die Mittel für direkte produktive Anlagen auszugeben, als auf die Straße zu werfen. Hingegen muß noch viel getan werden für die Neuanlage und die Verbesserung von Feld- und Waldwegen, um eine bessere Nutzung von Feld und Wald, hauptsächlich im Juragebiet, zu erreichen.

Eine große, längst notwendige und auch schon seit mehr als hundert Jahren diskutierte und projektierte Arbeit ist sodann *die Korrektur des Aarelaufes zwischen dem bernischen Städtchen Büren und Solothurn*. Auch hier können Hunderte von Hektaren Ackerland gewonnen und solches verbessert werden, wenn für rascheren Abfluß der Wasser gesorgt wird. Das ist möglich durch den Durchstich von zwei großen Krümmungen. Es könnte dann unterhalb von Solothurn ein Staubecken angelegt und ein Kraftwerk erstellt werden. Die große Arbeit der Aarekorrektur wird nach Verständigung zwischen den Kantonen Bern und Solothurn unter Mithilfe der Eidgenossenschaft zur Durchführung gelangen. Es sollen dabei auch etwa 4000 internierte Soldaten aus den französisch-polnischen Armeen beschäftigt werden. Diese Erdarbeiten kommen auf etwa 3 Millionen Franken zu stehen. Eine weitere größere Arbeitsbeschaffung wäre *der Ausbau der Eisenbahnlinie von Solothurn nach Olten auf Doppelspur*. Dieser Ausbau ist schon längst verlangt worden und ist eine unbestreitbare Notwendigkeit, die aber hier nicht weiter begründet werden soll, nachdem dies in der Bundesversammlung schon mit aller Gründlichkeit geschehen ist. Der Bundesrat muß nur sein Versprechen betreffend die Arbeitsbeschaffung wahr machen wollen, dann ist auch Arbeit genug vorhanden.

Es ist also noch vieles zu tun, es ist auf Jahre hinaus Arbeit, und zwar nützliche Arbeit, für ungezählte Arbeitskräfte vorhanden. *Das schwierigste Problem hierbei ist aber immer wieder die Bereitstellung der dafür benötigten Finanzen*. Der Weg der Anleihen hat seine Grenzen, ebenso kann die Steuererhebung nicht über ein gewisses Maß hinausgehen. Was noch möglich ist, das ist eine noch stärkere Heranziehung solcher Vermögen, die nicht oder nicht genügend für den Dienst am eigenen Lande mobilisiert sind. Von allerlei andern Vorschlägen zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung ist nicht viel zu halten. Sie verlassen meistens den Boden der Wirklichkeit, sind nicht durchführbar und zu wenig auf die schlußendlichen Folgen für unsere ganze Volkswirtschaft durchdacht. Wir können nicht über unsere eigenen Kräfte hinaus und dürfen an ihnen keinen Raubbau treiben, sonst brechen wir eines Tages rettungslos zusammen.

Zum Schluß darf nie außer acht gelassen werden, daß die beste Arbeitsbeschaffung die *Wiederbelebung unserer Exportindustrie* ist, die dem Lande die Mittel beschafft, aus dem Ausland die für die Erhaltung unseres Volkes benötigten zusätzlichen Güter hereinzubringen. An eine Autarkie der schweizerischen Wirtschaft oder gar an die Schaffung kantonaler Wirtschaftskreise zu denken, wäre barer Unsinn. Es müssen deshalb alle Anstrengungen gemacht werden, unserer Exportindustrie auf

dem Weltmarkt wieder ihren Platz zu erobern, und auch für diesen Zweck müssen schließlich finanzielle Opfer gebracht werden. Dann kann der Arbeiter wieder in seinem angestammten Beruf Beschäftigung finden. Notstandsarbeiten sind nur ein Notbehelf. Aber wenn sie dazu beitragen, unsere eigene Produktion durch die Verbesserung des Produktionsapparates und aller Produktionsmöglichkeiten zu heben, dann heben sie sich auch aus diesem Rahmen heraus und dann ist die Kapitalanlage dafür keine Fehlinvestierung. Die Arbeitsbeschaffung darf aber niemals allein nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet werden, sondern sie muß auch politisch und moralisch gewertet werden. Mit der Arbeitslosigkeit beginnt der Verfall eines Volkes. Das Vaterland, das seinen Kindern keine Arbeit und keinen Verdienst beschafft, stößt diese von sich ab, und was das gerade in der heutigen Zeit für Folgen haben kann, ist leicht auszudenken.

---

## **Die Aufnahme vermehrter Arbeitskräfte in der Landwirtschaft**

Von K. K i l l e r

Das Heft 126 des Schweizerischen Bauernsekretariates bringt eine interessante Untersuchung von Dr. H. Brugger, seinem volkswirtschaftlich-statistischen Beamten, über «die Maßnahmen zur Milderung des Mangels an Arbeitskräften in der Landwirtschaft». Die Veröffentlichung ist höchst zeitgemäß; denn am Vorabend einer offenbar großen Krise ist es wichtig, die Abschnitte unserer Wirtschaft kennenzulernen, in welchem noch Arbeitskräfte rationell untergebracht werden können. Das ist im besondern auch für die Industriearbeiter wertvoll, damit ihr Arbeitsgebiet nicht noch mit Arbeitslosen belastet wird, die in der Urproduktion beschäftigt werden könnten.

Für die landwirtschaftlichen Saisonarbeiten sind schon vor mehr als hundert Jahren ausländische Arbeitskräfte zu uns gekommen. In dem schweizerischen Mittelland, Ost- und Nordschweiz, kannte man zur Zeit der Getreideernte die «Schwabenmädchen und Burschen», die mit der Sichel einrückten, um die damals großen Getreideäcker schneiden zu helfen. Nach zwei bis drei Wochen zogen sie mit ihrem Lohn wieder ab. In der Westschweiz waren die Heuer als Saisonarbeiter bis vor wenig Jahrzehnten ebenfalls noch in Tätigkeit.

Die Statistik hat nun den wichtigsten Teil der ausländischen Saisonarbeiter im Grenzverkehr erfaßt. Danach zählte man 1931 fast 11 000 solche, 1939 ging die Zahl auf 4715 zurück. Die Einführung von neuen Maschinen im landwirtschaftlichem Betrieb mag eine Ursache sein, die andere liegt aber auch in der Heranziehung von Arbeitern aus dem Gewerbesektor.

Die schweizerische Landwirtschaft verzeichnet einen größeren Mangel an Dienstboten bei den kleineren Betrieben als bei den ausgedehnteren. Wenn auch die Familienglieder fast durchweg zur Hilfe